

Frage 06: Welchen Stellenwert besitzt für Sie Solidarität mit armen und ärmsten Ländern, wenn es um Verteilungsfragen im Rahmen des Budgets geht?

ÖVP

Es ist uns wichtig, Solidarität mit ärmeren Ländern zu zeigen, insbesondere bei der Verteilung der EU-Mittel. Diese Solidarität spiegelt unsere christlichen Werte wie Nächstenliebe und Mitgefühl wider. Wir unterstützen die Bereitstellung finanzieller Mittel und Ressourcen für die Entwicklungszusammenarbeit durch die EU und ihre Mitgliedsstaaten, um weltweit Armut zu bekämpfen. Gemeinsam mit Partnern wie der Austrian Development Agency (ADA) setzen wir Projekte um, die die Lebensbedingungen verbessern und nachhaltige Entwicklung fördern. Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen strebt an, Armut in all ihren Formen weltweit bis 2030 zu beenden. Die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) gelten für alle Länder. Die EU-Entwicklungspolitik fördert Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und gute Regierungsführung. Unsere Zusammenarbeit mit Drittländern und die Nutzung von Außenhilfeinstrumenten zeigen die Entschlossenheit der EU, Armut zu bekämpfen und positive Veränderungen zu bewirken. Wir fühlen uns verpflichtet, eine gerechtere und nachhaltigere Welt zu fördern, in der jeder sein volles Potenzial entfalten kann.

SPÖ

Einen hohen Stellenwert, denn es ist Ziel sozialdemokratischer Politik sein, Armut überall auf der Welt zu bekämpfen. Zum internationalen Engagement Österreichs gehört daher auch eine starke und sichtbare Entwicklungspolitik, die einen Beitrag für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung und einen fairen Welthandel leistet. Eine entwicklungssensible, auch auf Armutsbekämpfung gerichtete Außenpolitik erfordert eine nachhaltige Budgetierung. Aktuell können die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit mit einem Federstrich des Außenministers umgewidmet werden. Um sicherzustellen, dass die für Entwicklungszusammenarbeit vorgesehenen Mittel nicht nur als Ermessensausgaben budgetiert werden, muss das Ziel von 0,7 Prozent am Bruttonationaleinkommen für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit gesetzlich abgesichert werden.

FPÖ

Für uns stehen die österreichischen Bürger bei allen politischen Überlegungen klar an erster Stelle. Jedes Volk und jede Regierung ist in erster Linie selbst dafür verantwortlich, für Wohlstand und Fortschritt in seinem Land zu sorgen. Österreich kann und darf hier nicht aus einer falsch verstandenen Solidarität oder gar Schuld eine Art Weltsozialamt spielen. Dass Entwicklungshilfegelder und andere Finanztransfers in Regionen der dritten Welt oftmals nicht die gewünschten Effekte erzielen, ist mittlerweile hinlänglich bekannt und erwiesen. Hier muss es ein Umdenken geben.

GRÜNE

Solidarität mit armen und den ärmsten Ländern hat für uns einen sehr hohen Stellenwert. Wir setzen uns deshalb auch auf nationaler sowie europäischer Ebene dafür ein, dass die Entwicklungshilfe ausgebaut wird. Für uns Grüne hat nachhaltige Entwicklungspolitik das Ziel, dass Menschen auf der ganzen Welt ein besseres Leben in einer intakten Umwelt führen

können. Indem wir Armut verringern, die Umwelt schützen und die Demokratie fördern, schaffen wir mehr Gerechtigkeit, stärken das Zusammenleben und beugen so auch möglichen Konflikten vor. Entwicklungspolitik ist somit auch ein wesentliches Instrument der Friedenspolitik. Wir wollen, dass die Nutzung von Ressourcen fair ist und technologische Entwicklung für alle zur Verfügung steht.. Wir wollen, dass Österreich mit einer sukzessiven Aufstockung der Mittel das Versprechen, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen, in Zukunft einlösen kann. Gerade die ärmsten Staaten brauchen unsere Hilfe, vor allem auch bei Klimaschutz² und Anpassungsmaßnahmen, damit die Menschen in Zukunft nicht vor Klimakatastrophen, Hunger oder Krieg, ausgelöst durch den Kampf um Ressourcen, fliehen müssen.

NEOS

Solidarität mit Schwellenländern oder LDCs (least developed countries) ist uns wichtig, aus ethischen Gründen, aber auch weil globale Entwicklung bzw. Fehlentwicklung unmittelbare Folgen für Österreich hat: für unsere Exportwirtschaft, unsere Abhängigkeiten, wenn diese Staaten sich China statt Europa zuwenden, Migration und Flucht etc. Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe sind also ethisch richtig, aber auch aus Eigeninteresse wichtig. Wir haben seit Beginn der Legislaturperiode eine Anhebung der EZA gefordert, und auch Anträge zur qualitativen Verbesserung gestellt. Leider ohne Erfolg.

KPÖ

Nicht die Länder sind arm, sondern die Menschen im globalen Süden, deren Entwicklung durch Jahrhunderte lange koloniale Ausbeutung unterdrückt wurde, denen heute der Reichtum ihrer Länder durch eine ungerechte Ordnung der Weltwirtschaft entzogen wird. Wir bekennen uns zur UN-Agenda 2030 und den nachhaltigen Entwicklungszielen. Dazu ist eine Umschichtung und Neuordnung der Weltwirtschaft erforderlich.